

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

16 (19.1.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.90, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 19. Januar 1952

9r. 16

Faure sucht Minister

Wahrscheinlich nur ein Minderheiten-Kabinett

Paris (UP). Der Radikalsozialist Faure steht nun vor der nicht ganz leichten Aufgabe, aus den französischen Parteien die künftigen Mitglieder seines Kabinetts auszuwählen. Obwohl ihm die Nationalversammlung mit der überraschenden Mehrheit von 401 gegen 101 Stimmen ihr Vertrauen aussprach, besteht nur wenig Wahrscheinlichkeit, daß sich die Sozialisten an einem Kabinett Faure beteiligen werden. Ebenso scheiden die Gaullisten und naturgemäß die Kommunisten als Koalitionspartner aus. Das neue Kabinett Faure wird also, falls seine Zusammenstellung gelingen sollte, aus Angehörigen der Radikal-Sozialistischen Partei, Katholischen Volksrepublikaner und Unabhängigen bestehen. Damit wird es dem des gestürzten Ministerpräsidenten Plevren sehr ähnlich sein. Als Minderheitenkabinett wird ihm aber von politischen Beobachtern keine besondere Chance für eine überdurchschnittliche Lebensdauer gegeben. Faure selbst hat diesen Umständen in seiner Ansprache vor der Nationalversammlung Rechnung getragen und sich auf kurzfristige Programmpunkte beschränkt. Er will den Krieg in Indochina fortführen, den Schumanplan weiter unterstützen, einen revidierten Budgetentwurf vorlegen und eine von den Sozialisten geforderte gleitende Lohnskala vorlegen.

Für die Herstellung der deutschen Souveränität und die Aufhebung des Besatzungsstatus setzte sich die amerikanische Gewerkschaft AFL in einem Briefwechsel mit dem Außenministerium ein.

General Juin, der Oberbefehlshaber für die zentral-europäischen Landtruppen, wird in der kommenden Woche in Deutschland stationierte Truppenverbände besichtigen.

Die Eisenbahnen der Ostzone sind in das östliche Frachtsystem eingegliedert worden. Damit ist der Rubel zum Zahlungsmittel für den Güterverkehr in der sowjetischen Besatzungszone geworden.

Eine albanische Wirtschaftsdelegation ist zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Ostzonen-Regierung in Ostberlin eingetroffen.

Bundestag berät den Wehrbeitrag

Auf Antrag der Föderalistischen Union - Die Rechtsstellung der Dienstgruppen

Bonn (UP). Der Bundestag wird am nächsten Donnerstag zum erstenmal in eine offizielle Beratung des vorgesehenen deutschen Wehrbeitrages eintreten, nachdem die Föderalistische Union einen diesbezüglichen Antrag gestellt hat.

Die Föderalistische Union ersucht in diesem Antrag die Bundesregierung um Auskunft über den Stand der Verhandlungen über einen deutschen Wehrbeitrag und dessen Kosten. Ob die Regierung diesem Wunsch nachkommen oder durch Abgeordnete der Koalitionsparteien die Überweisung an einen Ausschuß veranlassen wird, soll erst nach der Rückkehr des Sicherheitsbeauftragten Blank aus Paris entschieden werden. Blank nimmt dort gegenwärtig als Leiter der deutschen Delegation an den Sechs-Mächte-Verhandlungen über den Abschluß einer Militärunion teil. Noch am Wochenende wird er wahrscheinlich in einer Rundfunkansprache Bericht über das bisherige Ergebnis der Pariser Verhandlungen erstatten und Anfang der kommenden Woche die Fraktionen der Regierungsparteien unterrichten.

Die Bundesregierung will bei den deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen auch die Rechtsstellung der deutschen Dienstgruppen in der britischen und amerikanischen Armee klären. Nach Angaben gut unterrichteter Kreise wendet sich die Regierung gegen ein Fortbestehen dieser Verbände in ihrer gegenwärtigen Form, sobald die Bundesrepublik der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beigetreten ist. Es wird behauptet, daß die Dienstgruppen schon insgesamt rund 100 000 Mann stark sind. Von oppositioneller Seite ist häufig auf den angeblich halb-militärischen Charakter der Einheiten aufmerksam gemacht worden.

Ein Regierungssprecher wies Pressemeldungen als unrichtig zurück, wonach die Bundesregierung am 1. Juli 1952 ein Kontingent von 30 000 Freiwilligen für die vorgesehenen deutschen Verbände in der Europa-Armee aufstellen werde.

Weder das „Wieviel“ noch das „Wann“ sei bisher entschieden worden. In Regierungskreisen wurde jedoch eingeräumt, daß mit dem Aufruf von Freiwilligen als Stammtruppe für die deutschen Einheiten durchaus gerechnet werden könne. Die Kader würden also in erster Linie aus Offizieren und Unteroffizieren bestehen. Allerdings wird diese Lösung ausdrücklich als „eine der Möglichkeiten“ bezeichnet.

Helgoland ab 1. März frei

Fast sieben Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges soll die Insel Helgoland am 1. März den Deutschen wieder zurückgegeben werden. Britische Sprecher bestätigten in Bonn, daß die Bombenwürfe der englischen Luftwaffe mit dem gleichen Tage eingestellt und — falls erforderlich — möglicherweise auf das Ausweichziel „Großer Knechtsteden“ fortgesetzt würden. Großbritannien knüpft an die Rückgabe der Insel jedoch die Bedingung, daß Helgoland nur als Badeort und Fischerhafen benutzt wird.

Dessen ungeachtet hat der britische Landeskommissar für Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß die für das Wochenende geplanten Bombenwürfe auf die Insel Helgoland nicht verschoben werden könnten. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hatte gebeten, die Übungswürfe in den Zeitraum zwischen Dienstag und Freitag zu verlegen.

SPD-Gespräch am Montag

Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und der sozialdemokratischen Opposition ist für kommenden Montag vorgesehen, an dem Dr. Adenauer mit dem zweiten SPD-Vorsitzenden Ollenhauer und Professor Carlo Schmid zusammen treffen wird. Die Appelle des Kanzlers an die Opposition zur Mitarbeit in allen nationalen Lebensfragen waren am Freitag auch Gegenstand einer grundsätzlichen Aussprache im Bundeskabinett. Es ist beabsichtigt, bei dem Gespräch am Montag jene Fragen grundsätzlich zu erörtern, die einer baldigen Lösung harren. Dazu gehört — so verlässt aus Regierungskreisen — auch der deutsche Wehrbeitrag und die Haltung der Opposition zu diesem Thema.

Bischöfe vier Stunden bei Adenauer

Bonn (UP). Die Konferenz des Bundeskanzlers mit fünf hohen Würdenträgern der katholischen Kirche in Deutschland wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Ein Regierungssprecher erklärte, es seien laufende Fragen erörtert worden. Unter anderem sollen auch jene Themen behandelt werden sein, die schon bei der Unterredung des Kanzlers mit evangelischen Kirchenfürsten im Herbst vergangenen Jahres zur Debatte standen. Dem unterhielten sich die Gesprächspartner über die Wiedervereinigung Deutschlands, den deutschen Wehrbeitrag und soziale Fragen. An der Unterredung, die in einem Bonner Krankenhaus stattfand, nahmen die Erzbischöfe von Köln, Freiburg, Bamberg, Passau und Fulda teil. Der Münchener Erzbischof, Kardinal von Faulhaber, hatte gebeten, von der Anwesenheit entbunden zu werden.

Eckardt wird Bundespresseschef

Bonn (UP). Zwischen dem Bundeskanzler und dem Herausgeber und Chefredakteur des „Weserkurier“, Felix von Eckardt, fanden eingehende Verhandlungen wegen der Übernahme der kommissarischen Leitung des Bundespresseamts statt. Von Eckardt wurde 1903 in Berlin geboren und kam 1906 nach Hamburg, wo sein Vater 29 Jahre lang die Chefredaktion des „Hamburger Fremdenblattes“ innehatte. Von 1927 bis 1929 war er als außenpolitischer Berichterstatter beim Ullstein-Verlag tätig. Sodann wurde er Presseattaché an der deutschen Gesandtschaft in Brüssel. Seit 1933 bis 1945 wirkte v. Eckardt als Filmautor. Seit der Gründung des „Weser-Kurier“ im Jahre 1945 war er Lizenzträger und später Herausgeber und Chefredakteur dieses Bremer Blattes. Eckardt hat sich bereit erklärt, sein neues Amt am 15. Februar anzutreten.

Das Gebäude der deutschen Botschaft in Buenos Aires soll in den nächsten Tagen von der argentinischen Regierung an Deutschland zurückgegeben werden.

Der zurückgetretene Präsident des italienischen Senats, Enrico de Nicola, hat sich auf Drängen einer Delegation von Senatoren bereit erklärt, sein Amt wieder zu übernehmen.

König Talal von Jordanien wurde von Papst Pius XII. in Privataudienz empfangen.

Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik wurde dem 75 Jahre alten „Nestor der Gewerkschaftsbewegung“ Franz Spieß für seinen hervorragenden Anteil an der sozialen Gesetzgebung verliehen.

Professor Noack, der Leiter des Nationalen Kreises, ist aus der CSU ausgetreten, weil diese im Bundestag für den Schumanplan gestimmt hatte.

Menschenraub

Von Rainer F. Milchraum

Die Bewohner des deutsch-französischen Grenzgebiets lächeln etwas ungläubig, wenn man mit ihnen über die Einigung Europas redet. Sie verspüren unmittelbar unter der Dachtraufe ihres großen französischen Nachbarn die Auswirkungen einer anderen Politik und die unseligen Folgen, die noch unseliger Grenzschranken für das persönliche Leben der Menschen mit sich bringen, fast ständig am eigenen Leib.

Wenn man die Leute um die Gründe ihrer Skepsis befragt, werden sie gesprächig. Wohl weit über tausend Familien Badens zum Beispiel sind heute im Zweifel darüber, ob sie — eigentlich Franzosen oder Deutsche sind. Familien, die bisher gute deutsche Staatsbürger zu sein glaubten, müssen plötzlich ihre deutschen Pässe abliefern; die Kinder, die in deutsche Schulen gehen und deutsche Berufe erlernen, werden, so eröffnet man den verutzten Eltern, im wehrfähigen Alter zum französischen Wehrdienst eingezogen. Ihnen kann man es am allerwenigsten klar machen, daß sie plötzlich eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollen. Die betroffenen Erwachsenen, die auf den Pässern erscheinen, um sich einen Paß ausstellen zu lassen, werden darüber belehrt, daß sie französische Staatsangehörige seien. Viele von ihnen schütteln die Köpfe und manche lächeln sogar noch ungläubig; aber es vergeht ihnen schnell, wenn sie sehen, daß man ihnen den beantragten Paß tatsächlich verweigert, und wenn sie hören müssen, daß nicht nur sie, sondern auch ihre Kinder keine Deutsche, sondern Franzosen seien. Im Landkreis Kehl ist es besonders schlimm. Dort gibt es allein über dreihundert strittige Familienfälle.

Das ganze Durcheinander ist dadurch entstanden, daß die Franzosen darauf bestehen, daß Elsässerinnen, die seit Jahren in Deutschland verheiratet und ansässig sind, plötzlich wieder französische Staatsbürger sein sollen. Die ehemaligen Elsässerinnen aber, deren deutsche Staatsbürgerschaft seit zehn Jahren niemand angezweifelt hat, sind nach wie vor der Ansicht, daß sie durch ihre Heirat mit einem Deutschen auch die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und daß die Kinder, die aus dieser Heirat mit einem Deutschen hervorgegangen sind, ebenfalls deutsche Staatsbürger sind. Aber die französischen Konsulate sind anderer Ansicht. Sie wachen mit scharfem Auge über die genaue Einhaltung und Durchführung ihrer Forderungen, die jeglicher moralischen Grundlage entbehren. Denn die Staatsangehörigkeit jener Elsässerinnen wird nicht — wie es natürlich wäre — durch das französische und auch nicht durch das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz bestimmt, sondern ausschließlich durch den § 79 des Versailler Vertrags! Dort aber heißt es wörtlich:

„Mit Wirkung vom 1. November 1918 erlangen von Rechts wegen die französische Staatsangehörigkeit wieder alle die Personen und deren Nachkommen, die ohne die Einverleibung von 1871 Franzosen geblieben wären.“

In der Erläuterung zu dieser Bestimmung heißt es, daß für diesen Staatsangehörigkeitswechsel laut Versailler Vertrag die französische Annahme bestimmend ist, wonach ein der Bevölkerung im Jahre 1871 zugefügtes Unrecht wieder gutzumachen ist, denn zu Unrecht sei dieses Gebiet Deutschland einverleibt worden. Selbstverständlich falle mit dem Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit ohne weiteres die deutsche weg. Auf die Familieneinheit wird dabei laut den Ausführungsbestimmungen keine Rücksicht genommen. Kinder aus Ehen zwischen Reichsdeutschen und Alt-Elsä-Lothringern sind ebenfalls Franzosen geworden. Deutschland hat sich im übrigen in § 53 desselben Vertrages verpflichtet, diese Regelung für die Einwohner des genannten Gebietes anzuerkennen und anzunehmen und „niemals und nirgends haben aus irgend einem Grunde für Franzosen Erklärte die deutsche Staatsangehörigkeit zu beanspruchen“.

Die Sachlage ist also eindeutig: Die elsässische Frau bleibt trotz ihrer Heirat mit einem Deutschen Französin, die Kinder aus dieser Ehe sind ebenfalls französische Staatsangehörige. Heiratet jedoch eine Pariserin einen Deutschen, dann verliert sie nach dem geltenden französischen Recht die französische Staatsangehörigkeit und erwirbt die deutsche automatisch. Heiratet eine Deutsche dagegen einen Elsässer, so kann sie unter Berufung auf § 16 des Bonner Grundgesetzes ihre deutsche Staatsangehörigkeit beibehalten; will sie darüberhinaus auch noch die französische erwerben, dann muß sie dies vor ihrer Eheschließung beim französischen Bürgermeister ihres künftigen Wohnortes beantragen. Noch komplizierter wird es für die deutschen Frauen, die bereits vor Erlaß des Bonner Grundgesetzes einen Elsässer geheiratet haben. Sie haben auf Grund des § 17 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes durch ihre Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, sind also praktisch staatenlos, wenn sie nicht — was wohl kaum der Fall sein dürfte — schon vor ihrer Heirat die Staatsangehörigkeit ihres zukünftigen Ehemannes erworben haben.

Mietpreisreform ist rechtsunwirksam

Regierungsanordnung vom Bundestag abgelehnt - Hochkommission entscheidet gegen Berlin

Bonn (UP). Der Bundestag erklärte die sogenannte kleine Mietpreisreform für rechtsunwirksam. Ein entsprechender Antrag Hessens wurde mit sieben Stimmen Mehrheit angenommen. Die von der Bundesregierung erlassene Verordnung zum Mietpreisrecht sieht bekanntlich die Erhebung von Untermietzuschlägen und die Freigabe der Ladenmieten vor.

Die Mehrheit der Ländervertreter im Bundestag vertrat die Auffassung, daß die Mietpreisverordnung der Zustimmung des Bundesrates bedürftig hätte, da sie sich auf die Lebenshaltungskosten ungünstig auswirke. Da die Länderorgane nun nicht nach den neuen Vorschriften verfahren werden, muß die Bundesregierung entweder die Mietpreisverordnung wieder außer Kraft setzen oder das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Wesentliche Änderungen schlug der Bundestag ferner zu dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Mitverwaltung des Bundes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer vor. Die Ländervertreter wollen dem Bund nur die Mitwirkung bei der Betriebsprüfung zubilligen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sah eine bundeseigene Betriebsprüfung vor.

Der Bundestag billigte außerdem einen Gesetzentwurf über zusätzliche Vereinbarungen zum bestehenden Zoll- und Handelsabkommen mit der Südafrikanischen Union und einen Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts. Die im November erfolgte Senkung der Steuermaßzahl bei unbebauten Grundstücken hob der Bundestag wieder auf.

Auf Einladung Bayerns trafen sich in Bonn Vertreter einzelner vom Flüchtlingsumsiedlungsgesetz betroffener Bundesländer, um über das Dreipunkte-Programm der sog. Abgabebänder zu beraten. Wie ein Vertreter des Bundesflüchtlingsministeriums dazu erklärte, sind keine konkreten Resultate erzielt worden. Diese seien erst von einer Konferenz zu erwarten, an der alle betroffenen Bundesländer teilnehmen und auch andere ausgearbeitete Umsiedlungsprogramme zur Sprache kommen.

Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist das Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum deutschen Bundestag in Kraft getreten. Danach erhöht sich die Zahl der Berliner Abgeordneten beim deutschen Bundestag von 8 auf 19, jedoch bleiben die Vertreter Westberlins auch weiterhin ohne Stimmrecht.

Die alliierte Hochkommission hat durch Änderung eines Bundesgesetzes angeordnet, daß West-Berlin nach Ansicht der drei Westmächte nicht zur Bundesrepublik gehört. Sie hat gewissen Artikeln des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (drittes Überleitungsgesetz) die Zustimmung verweigert und diese Bestimmungen für unzulässig erklärt.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes werden durch diesen Einspruch der Alliierten nicht betroffen. Als unzulässig sind jedoch jene Vorkehrungen erklärt worden, wonach Berlin zum Gültigkeitsbereich des Grundgesetzes gehört, und in denen das Grundgesetz ausdrücklich auf Berlin Anwendung findet. Diese Bestimmungen stehen nach Auffassung der Hochkommission im Widerspruch zur Stellung Berlins „außerhalb der Föderation“ und zur alliierten Politik in dieser Frage.

Schon bei der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Berliner Verfassung haben die Westmächte die Artikel und Bestimmungen außer Kraft gesetzt, die West-Berlin zu einem Teil der Bundesrepublik gemacht hätten. Diese alliierte Politik ist nach der Veröffentlichung der Hochkommission auf die besondere Lage Berlins und die Sonderstellung der Alliierten in der Stadt zurückzuführen. Dieser Sonderfall soll auch nach Abschluß der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Bonn und den Westmächten wirksam bleiben und in den Verträgen verankert werden.

Der regierende Bürgermeister von Berlin, Professor Reuter, wird in Bonn erwartet, wo er mit der Hochkommission über ihren Einspruch gegen die finanzielle Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik verhandeln will.

Nach einem neuen Gesetz der Hochkommission müssen alle Fälle, in denen über das Bestehen, den Inhalt, die Rechtsgültigkeit oder den Zweck einer alliierten Anordnung entschieden werden muß, den Besatzungsbehörden überwiesen werden, gleichgültig ob der Rechtsgegenstand der Anordnung zu den vorbehaltenen Gebieten gehört oder nicht. Der Erlaß dieses Gesetzes erfolgte zur Interpretation einer Bestimmung des Gesetzes über die Gerichtsbarkeit der Alliierten in den vorbehaltenen Gebieten. Danach müssen deutsche Gerichte in den genannten Fällen das Verfahren aussetzen und die Frage an die Besatzungsbehörden zur Entscheidung überweisen.

Der demokratische Senator Allen Ellender, der vor kurzem Westdeutschland einen Besuch abgestattet hatte, erklärte in einer Rede vor dem US-Senat, „die Extravaganz der US-Vertreter in Deutschland stinkt zum Himmel“. Die neuen amerikanischen Gebilde in Bonn seien viel zu „luxuriös“ eingerichtet und überdies zu groß. All diese Dinge könnten nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern zu verbessern. Ellender zeigte sich auch darüber entrüstet, daß die Deutschen für das Hauspersonal der Besatzungsangehörigen zahlen müßten und erklärte, es sei unverständlich, daß auf der einen Seite Millionen von Dollar zur Wiedererrichtung der deutschen Industrie gegeben und auf der anderen den Deutschen derartige Belastungen auferlegt würden. Ellender hob jedoch ausdrücklich hervor, McCloy habe in Deutschland gute Verwaltungsarbeit geleistet.

Amerikaner wird Atlantik-Flottenchef

Warnung vor Bruch eines Waffenstillstandes in Korea - Bombardierung Chinas angedroht

Washington (UP). Premierminister Winston Churchill hat sich mit der Ernennung eines Amerikaners zum Oberbefehlshaber der alliierten Seestreitkräfte im Atlantik einverstanden erklärt.

Dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung Trumans und Churchills hervor, die nach Abschluß ihrer fünften und letzten Unterredung veröffentlicht wurde. Churchill hat dabei seine Einwände gegen die Ernennung eines amerikanischen Flottenoberbefehlshabers aufrecht erhalten, gleichzeitig hat er angekündigt, daß Großbritannien sich das Recht vorbehalte, innerhalb der Atlantikpakt-Organisation gewisse Befugnisbeschränkungen dieses Flottenchefs zu fordern.

Von einigen Kongreßabgeordneten wurde scharfe Kritik an der Rede Churchills vor dem Kongreß laut. Ein republikanischer Abgeordneter erklärte, es könne nicht länger erlaubt werden, daß „ausländische Potentaten“ einfach ihre Wünsche vor dem Kongreß vorbringen würden. Churchills Rede sei „der Alldruck aller Steuerzahler“.

Großbritannien und die USA sind übereingekommen, strategische Militäranlagen auf dem chinesischen Festland mit Einheiten der See- und Luftstreitkräfte anzugreifen, falls Rotchina ein zukünftiges Waffenstillstandsabkommen in Korea brechen sollte. Wie das bekannte Finanzblatt „Wallstreet Journal“ hierzu bemerkt, soll in diesem Falle entlang der gesamten chinesischen Festlandküste eine starke Seeblockade eingerichtet werden, während wichtige Flugplätze, Anlagen der Rüstungsindustrie sowie Nachschublinien mit Bombenflugzeugen angegriffen würden. Ferner soll der Landkrieg in Korea erheblich intensiviert werden, um die Offensivkraft der Rotchinesen zu brechen. Landstreitkräfte sollen hingegen nicht auf dem chinesischen Festland gelandet werden.

Großbritannien erklärte sich auch bereit, die Anerkennung des kommunistischen Regimes in China zurückzuziehen, falls ein Waffenstillstand in Korea von kommunistischer Seite vorläufig gebrochen werden sollte. Churchill stand der Anerkennung Rot-Chinas durch die britische Labour-Regierung stets kritisch gegenüber und ist während seiner

Amerikareise wiederholt getragt worden, warum Großbritannien diese Anerkennung nicht rückgängig mache. Churchill soll davon Abstand genommen haben, um nicht den Fortgang der Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea zu erschweren.

Die Andeutung Churchills, daß Großbritannien Luftangriffe auf Rotchina im Falle eines Bruches der Waffenstillstandsvereinbarungen zustimmen werde, hat in Großbritannien ungeheures Aufsehen erregt. Abgeordnete der Labour Party haben bereits erklärt, daß sie im Unterhaus scharfe Angriffe gegen Churchill richten würden, falls die bisherige Politik — „kein Krieg gegen China“ — geändert werden sollte.

Im vorgeschobenen Hauptquartier der Alliierten in Munsan fand nach Rückkehr der UN-Unterrichter von den Verhandlungen aus Pan Mun Jon eine Geheimkonferenz der Waffenstillstands-Delegation der Alliierten statt, über die von allen zuständigen Stellen größtes Stillschweigen bewahrt wird. Es wird angenommen, daß über eine mögliche Änderung der alliierten Verhandlungstaktik mit dem Ziel einer Überwindung der den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen behindernden Schwierigkeiten beraten worden ist.

Kein „amerikanischer Druck“
Die Äußerung eines britischen Regierungssprechers, wonach Japan „unter amerikanischem Druck“ zu der geplanten Anerkennung der nationalchinesischen Formosa-Regierung veranlaßt worden sei, wurde von Vertretern des japanischen Außenministeriums demontiert. Diese Kreise weisen darauf hin, daß Ministerpräsident Yoshida bereits früher seinen Standpunkt zu der Alternative einer Anerkennung Rotchinas oder der Regierung Tschiangkai-scheks zu erkennen gegeben habe.

Der nationalchinesische Außenminister George Jeh gab bekannt, daß seine Regierung bereit sei, mit Japan über den Abschluß eines „bilateralen Vertrages“ in Verhandlungen zu treten.

Ein Interim-Reparationsabkommen zwischen Japan und Indonesien wurde in Tokio unterzeichnet. Von der japanischen Regierung wird angestrebt, die mit anderen reparationsberechtigten Staaten noch zu schließenden Abkommen auf der gleichen Basis zu treffen.

Wieder Ausnahmezustand in Kairo

Vorschlag Churchills stark kritisiert - Aegypten will Sicherheitsrat anrufen

Kairo (UP). Die ägyptische Polizei hat den Ausnahmezustand in Kairo proklamiert, um Bars, Restaurants, Kabarett und andere Vergnügungstätten vor den Ausschreitungen von Banden zu retten, die jegliche Art von Vergnügen während der anglo-ägyptischen Krise verboten haben wollen. Vor den jetzt gähnend leeren Lokalen patrouillieren bewaffnete Polizeiposten. Die Demonstranten waren in kleinen Trupps in die Etablissements eingedrungen, hatten Stühle auf den Tischen zerschlagen und Gläser und Flaschen an die Wand geworfen. Die Kundenschaft flüchtete; zu irgendwelchen Unfällen ist es jedoch nicht gekommen. Es wird angenommen, daß zuminst Kommunisten, Sozialisten und Angehörige der Moslembruderschaft an der „Räumung“ der Gaststätten mitwirkten.

In der Nacht griffen Ägypter eine britische Scheinwerferstellung aus sicherer Entfernung mit automatischen Waffen an. Die Briten schossen mit Artillerie zurück und vertrieben die Angreifer nach kurzem Gefecht, ohne Verluste erlitten zu haben.

Auch aus dem Sudan werden Zwischenfälle gemeldet. In Kassala mußte die Polizei mit Rauchbomben gegen etwa 500 Demonstranten vorgehen, die gegen den Besuch des britischen Generalgouverneurs protestierten. 16 Personen wurden verhaftet.

Der Vorschlag des britischen Premierministers vor dem US-Kongreß, die britischen Truppen in der Kanalzone zum Zeichen der westlichen Solidarität durch amerikanische, französische und türkische Einheiten zu verstärken, wurde in Kairo stark kritisiert. Senator Gallad Pascha erklärte, Churchill hätte anscheinend ganz die 200 000 Mann starke ägyptische Armee übersehen, die auch jeder-

zeit zur Verteidigung der Kanalzone bereitstehe. Gallad Pascha zeigte sich außerdem erstaunt über die aus Washington gemeldete amerikanische Weigerung, Truppen nach der Kanalzone zu entsenden, obwohl die USA die moralische Verantwortung für den Vorschlag eines Nahostpaktes auf sich genommen hätten. Die USA hätten damit zur selben Zeit das Todesurteil über den Pakt gesprochen, zu der sie ihn vorgeschlagen hätten.

Wie aus Paris verlautet, wird sich Ägypten an den Sicherheitsrat wenden und sich auf den Sicherheitsrat der sieben arabischen Staaten berufen, wenn die USA, Frankreich und die Türkei Streitkräfte in die Suezkanalzone entsenden sollten.

Die französische Regierung hat den Vorschlag Churchills kühl aufgenommen. Die Regierung ist davon überzeugt, daß der britische Premierminister mit seinem Vorschlag auf keine Zustimmung stoßen wird.

Auch auf Cypern regt es sich

Panzerwagen und ein starkes Aufgebot von Polizei und Truppen waren, wie der Evangelische Pressedienst berichtet, vor der größten Kirche von Nicoria auf der Insel Cypern aufgeföhren, als dort der Erzbischof Makarios von Cypern aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Volksabstimmung, in der sich die Bevölkerung von Cypern für den Anschluß der Insel an Griechenland aussprach, predigte. Der Erzbischof forderte die Bevölkerung auf, das Jahr 1952 zum Jahr der „großen Schlacht für die Vereinigung mit Griechenland“ zu machen. „Fürchtet Euch nicht vor Einkerkung oder Verbannung“, rief er seiner Gemeinde zu. Rufe wie „Wir sind bereit“ und „Nieder mit England“ waren die Antwort.

Lage in Tunesien spitzt sich zu

Generalstreik auf unbegrenzte Dauer - Konferenz mit Padilla Nervo

Tunis (UP). Die Lage in Tunesien spitzt sich immer mehr zu. Die Gewerkschaften riefen zu einem Generalstreik mit unbegrenzter Dauer auf, der sich gegen die scharfen Maßnahmen richtet, die die französischen Behörden in den letzten 48 Stunden zur Unterdrückung der Unruhen und Unabhängigkeitsbestrebungen anwandten. Das Geschäftsleben ist dadurch nahezu zum Stillstand gekommen.

Zwölf führende Persönlichkeiten der Nationalen Unabhängigkeitspartei Neo-Destour und der Kommunistischen Partei von Tunis wurden von den Franzosen verhaftet, in Flugzeuge verfrachtet und in das Innere des Landes abgeschoben. Der Kongreß der Destour-Partei fand am Freitag trotz des französischen Verbots an einem geheimen Ort statt.

Bei neuen Zusammenstößen außerhalb der Hauptstadt, im Marinestützpunkt Bizerta und im Nachschubort Ferryville, wurden 30 Personen verletzt. Araber bewarfen französische Geschäfte und Automobile mit Steinen. In den vergangenen zwei Tagen wurden nach amtlichen Schätzungen drei Personen getötet und rund 200 verletzt. Gerücheweise sollen sich französische Polizeiverstärkungen auf dem Wege von Frankreich nach Tunis befinden.

Der französische Generalresident de Hautecloque, der erst vor kurzem diesen Posten

übernommen hatte, begab sich zum Bey Sidl Mohammed el Amin, um die Entlassung des tunesischen Kabinetts zu erwirken, das sich unter Übergehung des Hochkommissars in der Frage der tunesischen Unabhängigkeit direkt an die UN gewandt hat.

In Paris konferierten gleichzeitig führende Persönlichkeiten der arabischen Welt, an ihrer Spitze der ägyptische Außenminister Salah el Din und der Generalsekretär der Arabischen Liga, Assam Pascha, mit Luis Padilla Nervo, dem Präsidenten der UN-Generalversammlung, über die Tunesien-Frage. Zuvor hatten die arabischen Politiker mit Vertretern Pakistans und zwei tunesischen Ministern eine Konferenz. Zwei tunesische Minister trafen außerdem mit Edwin A. Pitt, dem Nahost-Sachverständigen des amerikanischen Außenministeriums, zusammen. Ein Sprecher der amerikanischen UN-Delegation erklärte dazu jedoch, daß Pitt die beiden tunesischen Minister nur angehört habe.

Iran bemüht sich um deutsche Hilfe Für die Industrialisierung des Landes - Handelsvertrag mit Italien

Teheran (UP). Der Iran bemüht sich, seinen verzögerten Siebenjahresplan zur Industrialisierung des Landes mit deutscher

Hilfe voranzutreiben. Der Leiter dieses Plans ermächtigte eine deutsche Wirtschaftsmision, der auch ein Vertreter der Krupp-Werke angehört, 200 000 Tonnen iranische Eisenerze zu kaufen.

Außerdem bemüht sich der Iran um Ausbesserungsmaterial für ein vor dem Krieg von Deutschland bezogenes Eisenschmelzwerk.

Als weitere Maßnahme zur Überwindung der durch den Ölkonflikt mit Großbritannien entstandenen Wirtschaftskrise billigte das Kabinett einen Entwurf für einen Handelsvertrag mit Italien. Nach dem Entwurf sollen auf dem Austauschwege italienische Textilien, elektrische Ausrüstungen, Motorfahrzeuge und Eisenbahnschienen gegen persische landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Holz geliefert werden.

Aus politischen Kreisen Teherans wird berichtet, daß sich das iranische Außenministerium mit dem Gedanken trage, einen zwischen dem Lande Großbritannien im Jahre 1957 geschlossenen Vertrag zu kündigen, nach dem Großbritannien nach Maßgabe der Meistbegünstigungsklausel das Recht zugestanden worden war, überall dort Konsulate zu eröffnen, wo andere ausländische Mächte solche Vertretungen eingerichtet hatten. Die Briten hatten in ihrer Antwort auf die Schließungsanordnung für die britischen Konsulate im Iran darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme gegen jenen Vertrag verstoße. Eine Antwort auf die britische Stellungnahme wird für Samstag erwartet.

Polen lehnt UN-Wahlkommission ab

Araber für westliches Palästinaprogramm

Paris (UP). Polen hat es offiziell abgelehnt, Mitglied der UN-Kommission zur Untersuchung der Voraussetzungen zur Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen zu werden. In einem Brief an Luis Padilla Nervo, den Präsidenten der UN-Generalversammlung, erklärte Stefan Wierblovsky, der Chefdelegierte Polens, diese Kommission sei auf Grund einer illegalen Resolution der Westmächte gebildet worden. Polen ist damit der erste der fünf Staaten, die von der Generalversammlung zur Mitarbeit in dieser Kommission aufgefordert wurden, der eine formelle Antwort erteilt. Brasilien, Island, Holland und Pakistan haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in dieser Kommission noch nicht offiziell bekanntgegeben.

Führende arabische Politiker haben ihre Opposition gegen einen Antrag der USA, Großbritannien, Frankreichs und der Türkei zur Durchführung eines 250 Millionen Dollar-Dreijahresprogramms für die Unterstützung und die Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge in Palästina aufgegeben, nachdem sich die Westmächte bereit erklärt hatten, ihren Antrag in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Araber zu revidieren.

Keine Einigkeit im Commonwealth

Ministerpräsidenten-Konferenz im April

London (UP). Den Teilnehmern an der gegenwärtig stattfindenden Konferenz der Commonwealth-Finanzminister wurde von dem britischen Minister Lord Ismay mitgeteilt, daß Churchill die Absicht habe, für April eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Staaten des Commonwealth nach London einzuberufen.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Finanzminister, die seit Dienstag konferieren, nur „begrenzte Fortschritte“ erzielt haben. Die Finanzminister sollen gegenwärtig drei Gruppen bilden: 1. Die „Asiengruppe“, die vor einer allzustarken Aufrüstung warnen, weil diese das Sterlinggebiet wirtschaftlich gefährde. 2. Die Gruppe, die die Ansicht Großbritanniens unterstützt, daß die Aufrüstungsprogramme mit Hilfe strenger Einsparungsmaßnahmen und weitgehend ohne amerikanische Hilfe in die Tat umgesetzt werden sollten. 3. Die von Kanada angeführte Gruppe der Australier und Neuseeländer, die sich dem Standpunkt der USA nähert, daß ein stärkerer Grad der Fusion des Dollar- und des Sterlinggebietes vonnöten sei. Bisher ist es nur bedingt möglich gewesen, diese drei Gruppen einander näher zu bringen.

Der deutsche Film „Berliner Ballade“ soll demnächst in Buenos Aires und in Mar del Plata gleichzeitig erstaufgeführt werden.



Die Garmischer Olympiaschanze wird ein besonderer Anziehungspunkt der VIII. Internationalen Wintersportwoche sein, die vom 19. bis 27. Januar in Garmisch-Partenkirchen stattfindet. Die Wintersportwoche erhält in diesem Jahr durch die Ausscheidungen für die Olympischen Winterspiele in Oslo für die deutschen Wintersportler eine besondere Bedeutung.

Über tausend Familien im deutsch-französischen Grenzland, also nicht etwa nur Einzelpersonen, werden durch diese mit Recht als unsinnig bezeichneten Bestimmungen, auf deren Einhaltung plötzlich wieder stärkster Nachdruck gelegt wird, betroffen und sehen sich dadurch plötzlich einer völlig veränderten Situation gegenüber. Denn, so kann man jetzt eine plötzlich zur Französin gestempelte deutsche Ehefrau fragen hören, wer regelt jetzt die Auszahlung der Witwenrente oder -pension, wer ist für die Schulgeldunterstützung des zum Franzosen gewordenen deutschen Schülers zuständig, wer vertritt die Interessen des in einem deutschen Betrieb arbeitenden „französischen“ Lehrlings? Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen!

Die Bewohner des deutsch-französischen Grenzgebiets werden jedenfalls weiterhin die Achseln zucken, wenn man mit ihnen über die Einigung Europas spricht, solange in der Gegenwart noch eine recht kurzfristige Politik Entscheidungen trifft, die nichts anderes als schwerwiegende Rückgriffe ins Vergangene sind.

Weitere Millionen-Betrügereien

Dr. Hoffmann-Günther erneut verhaftet - Der große Unbekannte

Frankfurt (UP). Im Zusammenhang mit der „Millionen-Betrügersaffäre“ zu Lasten des deutschen Staates ist der Haftbefehl gegen Dr. Günter Hoffmann-Günther, der kürzlich gegen Kaution freigelassen worden war, erneut vollstreckt worden.

Durch die Aufdeckung neuer Manipulationen hat sich die ursprünglich genannte Summe, um die der Staat betrogen wurde, um weitere 1,3 Mill. auf 10,3 Mill. erhöht. Diese 1,3 Mill. hatte die Requisitionskasse Baden-Baden auf die Frankfurter und Mainzer Konten der Firma „Textilgroßhandlung GmbH.“ für angebliche Lieferungen von „Tarnnetzen“ gezahlt. Diesen Zahlungen liegen von Dr. Hoffmann-Günther angefertigte Rechnungen der Textilgroßhandlung zugrunde, die in Wirklichkeit ebensowenig existieren, wie die „Firma Weber“ und die Scheinfirma „Visco- und Cottotextil“ in Frankfurt. Dr. Hoffmann-Günther hätte diese Geschäfte bei seinen ersten Vernehmungen unerwähnt gelassen und man habe ihn nunmehr wegen neuen Tatverdachts und Verdunkelungsgefahr in Haft nehmen müssen.

Oberstaatsanwalt Dr. Buchthal erklärte vor der Presse, daß Dr. Hoffmann-Günther die in Frankfurt und Mainz eingehenden Gelder für die „Textilgroßhandlung GmbH.“ selbst abgehoben und durch einen angeblich deutschen Mittelsmann an einen Devisenausländer weitergeleitet habe. Hoffmann-Günther habe behauptet, diesen Mittelsmann, von dem er nur den Namen kenne, durch den Devisenausländer kennengelernt zu haben, der von Zeit zu Zeit bei ihm erschien, um das abgehobene Geld zu kassieren.

Stinkbomben in Münchener Kino

München (UP). Während der Münchener Premiere des Dokumentarfilms „Kreuzweg der Freiheit“ im Kongreßsaal des Deutschen Museums wurden von unbekanntem Tätern Stinkbomben und Flaschen mit Salzsäure vor die Bühne geworfen. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden. Die Täter hatten nach Meinung der Direktion der Veranstaltung die Premiere für ihre Aktion benutzt, weil sie wußten, daß Vertreter der bayerischen Regierung und der Stadt München daran teilnehmen werden.

Schulschiff „Pamir“ in Seenot

Eine Ankerkette brach - Weltreise wurde unterbrochen

London (UP). Die deutsche Viermastbark „Pamir“, die sich mit 46 Seekadetten an Bord auf einer Ausbildungsreise um die Welt befindet, ist am Osteingang des Armeikanals vor der Themsemündung in einen schweren Sturm geraten. Sie ging 29 Seemeilen ostnordöstlich Margate vor Anker, um besseres Wetter abzuwarten. Als die Kette des Steuerbordankers am Donnerstagabend brach, geriet das Schiff vorübergehend in Seenot und bat um Hilfe. Am Freitag vormittag teilte die „Pamir“ aber mit, daß sie voraussichtlich keine Unterstützung benötigen würde und ihre Reise nach Rio fortsetzen wolle, sobald die Wetterverhältnisse es erlauben.

Kapitän Greiff hatte zunächst einen Schlepper angefordert, da in der schweren See auch der Verlust des Backbordankers zu befürchten war. Als der Sturm immer mehr an Heftigkeit zunahm, bat die „Pamir“ die Seenotstation Margate, die Kadetten mit einem Rettungsboot an Land zu holen. Das Rettungsboot konnte den Segler aber bei dem dichten Schneestreiben zunächst nicht finden. Daher stiegen Flugzeuge der britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte auf, um die „Pamir“ zu suchen. Währenddessen hielten die Dampfer „Empire Wandsbeck“ und „Empire Parkston“ sich in der Nähe der Bark auf, um ihr im Notfall Hilfe zu leisten. Schließlich traf das Boot aus Margate bei der „Pamir“ ein. Kapitän Greiff hatte aber inzwischen beschlossen, seine Kadetten doch an Bord zu behalten, da keine unmittelbare Gefahr zu bestehen schien. Die „Pamir“ hat 91 Personen an Bord, und zwar 46 Kadetten, 40 Mann Stammbesatzung und fünf Passagiere. Unter den Kadetten befinden sich vier junge Engländer und ein Italiener. Die 2796 BRT große Bark ist am Donnerstag vergangener Woche mit einer Ladung Zement von Hamburg nach Rio de Janeiro ausgelaufen. In Rio will sie brasilianische Edelhölzer an Bord nehmen und nach Australien weiterfahren.

Kurze Kultur Nachrichten

Pablo Casals, der als der größte lebende Violoncellist angesehen wird und einer der besten Interpreten von Johann Sebastian Bach ist, beging in Prades (Frankreich) seinen 75. Geburtstag.

Die Mailänder Scala eröffnete ihre Ballettsaison mit Balletten von Bela Bartók, Della Piccola und de Falla.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe erhöht Wohnungsmieten
 Karlsruhe (ld). Der Karlsruher Stadtrat hat sich damit einverstanden erklärt, daß im Stadtgebiet die Wohnungsmieten bei Altbauten um 4,2 Prozent und bei Häusern, die in den Jahren zwischen 1924 und 1948 erbaut sind, um 3 Prozent erhöht werden. Das Wirtschaftsministerium muß zu dieser nach langen Verhandlungen zwischen den Interessenverbänden und der Stadtverwaltung zustande gekommenen Neuregelung noch seine Genehmigung erteilen.

Aus der badischen Heimat

Heidelberg. Das Amtsgericht hat einen 43jährigen Kioskhaber wegen Vertriebs pornographischer Schriften zu 210 DM Geldstrafe verurteilt. (twb)

Rastatt. Die Bundesstraße 36 von Rastatt nach Kehl muß ebenso wie die Kleinbahnlinie, die Rastatt mit dem Hanauer Land und dem Kreis Bühl verbindet, zwischen Hülshausen und Söllingen wegen der Flugplatzarbeiten gesperrt werden. (lds)

Baden-Baden. Als die Mutter einer Augenblinde die Küche verlassen hatte, stürzte ein dreijähriges Mädchen in eine Blüte mit heißer Lauge. Das Kind erlitt so schwere Verbrennungen, daß es bald nach Einlieferung ins Krankenhaus starb. (swk)

Baden-Baden. In Offenburg findet am 17. Februar die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Baden im Bund der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtangehörigen und ihrer Hinterbliebenen statt. (lsw)

Rattengift aus Liebesummer
 Lichtenau (lds). Ein 45jähriger Pfastermeister aus Lichtenau wurde bewußtlos in seiner Wohnung aufgefunden. Er hatte zuerst Rattengift und dann Schlafpulver genommen, weil ihn seine Frau mit den Kindern verlassen und die Scheidung eingereicht hatte. Der Mann wurde mit lebensgefährlichen Vergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Bühl wird Güterumschlagplatz
 Bühl/Baden (lds). Der Bahnhof Bühl soll Güterumschlagplatz für die Schmalspur-Nebenbahn Rastatt-Kehl werden. Er wird zu diesem Zweck einen Rollbock-Anschluß erhalten, auf dem die Normalspurgüterwagen der Bundesbahn auf schmalspurige Rollböcke geladen werden.

Katastrophale Wohnverhältnisse — überall
 Offenburg (swk). Oberbürgermeister Heitz bezeichnete gelegentlich der letzten Stadtratssitzung das Wohnungsproblem der Stadt als nahezu unlösbar. Alle Betrachtungen der katastrophalen Situation führten immer wieder zu dem Ergebnis, daß es in Offenburg, das zur Zeit 24 200 Einwohner zählt, insgesamt 1 175 wohnungssuchende Familien gibt. Das entspricht einer Zahl von rund 4500 oder fast 19 v. H. der Gesamtbevölkerung. Der Stadtrat stimmte einem Antrag des Oberbürgermeisters zu, noch im Laufe dieses Jahres mindestens 400 neue Wohnungen zu erstellen, deren Miete nicht über 50 DM liegen dürfte. Vor allem müsse darauf hingearbeitet werden, die Wohnungen der Besatzungsverdrängten wieder zurückzuerhalten. Wenn die Stadtverwaltung aber auch mit all den anderen außerordentlichen Maßnahmen keinen Erfolg erzielen würde, müsse allerdings der Kampf mit der Hydra aufgegeben werden.

Die Invasoren waren Übungsspringer
 Schutterwald/Offenburg (lsw). Die Invasion einer „feindlichen Armee“ befürchteten die Einwohner der Gemeinden Schutterwald und Goldscheuer, als zu einigen Flugzeugen plötzlich mehrere Gruppen von Fallschirmspringern absprangen. Den Soldaten folgte allerlei Kriegsmaterial. Erst nach geraumer Zeit stellte sich heraus, daß es sich um Angehörige einer in Kehl stationierten französischen Fallschirmspringereinheit handelte, die eine Übung abhielten.

Rheinfelden. Zu Beginn der letzten Sitzung des Stadtparlamentes überreichte Bürgermeister King einem Rheinfelder Einwohner, der als einziger alle öffentlichen Sitzungen besuchte, ein Geschenk der Stadtverwaltung. (swk)



Eine Fahrt mit dem „fliegenden Omnibus“ können die Wintersportler der USA am Mount Hood im Kaskadengebirge in Oregon unternehmen. Der „Himmelsbus“, wie er von den Besuchern getauft wurde, befördert Skifahrer zu den schneebedeckten Abhängen des Mount Hood (3 421 Meter)

Zusammenschluß der CDU steht bevor

Der Vorsitzende der nordbadischen CDU, Dr. Gurk, erklärte auf der Jahresversammlung der Karlsruher CDU, auf dem Parteitag der nordbadischen CDU am 2. Februar in Heidelberg werde der endgültige Zusammenschluß zwischen der nord- und südbadischen CDU vollzogen. Der neue Landesverband werde seinen Sitz in Karlsruhe haben und die Interessen Badens im neuen Südweststaat vertreten. Als höchstes Ideal der CDU bezeichnete Dr. Gurk den noch engeren Zusammenschluß von evangelischen und katholischen Christen in politischen Fragen.

Landesparteitag der CDU
 Am 9. und 10. Februar in Freiburg
 Freiburg (lsw). Der Landesparteitag der südbadischen CDU findet am 9. und 10. Fe-

bruar in Freiburg statt. Im Mittelpunkt des Parteitags wird neben der Neuwahl des Vorstandes die Beratung der innerpolitischen und gesamtpolitischen Situation stehen, die sich für die badische CDU aus der Neugliederung des Südwestraums ergibt.

Nicht nur für Altbadener
 Freiburg (ld). Die badische Staatskanzlei hat den vom Parteiausschuß der südbadischen SPD erhobenen Vorwurf zurückgewiesen, daß bei der Verleihung der Bundesverdienstkreuze die Altbadener durch Staatspräsident Wohleb bevorzugt worden seien. Die von den einzelnen Ministerien ausgearbeiteten Vorschlagslisten seien, so heißt es in der Erklärung der Staatskanzlei, „nahezu unverändert“ dem Bundespräsidenten durch Staatspräsident Wohleb übermittelt worden.

Industrie-Ausfuhr gestiegen

Produktion im Dezember zurückgegangen

Stuttgart (lsw). Der im November 1951 erreichte bisherige Höchststand der Industrie-Produktion in Württemberg-Baden konnte im Dezember nicht gehalten werden.

Vom Produktionsrückgang wurden alle Industriezweige betroffen, insbesondere die Verbrauchsgüterindustrie (minus 14,2 Prozent), die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Produktionsgüterindustrie (minus 10,5 Prozent). Die Investitionsmittelindustrie wies nur einen Rückgang um 4,8 Prozent auf.

Im Jahre 1951 lag das industrielle Produktionsniveau (ohne Bauindustrie) im Monatsdurchschnitt um 45,5 Prozent über dem des Jahres 1936 und hat sich damit gegenüber 1950 um rund 20 Prozent erhöht. Der vorläufige Wert der Gesamtausfuhr im Jahre 1951 übertrifft mit rund 294 Millionen Dollar die Ausfuhr im Jahre 1950 um mehr als 37 Prozent.

Die Ausfuhr der württemberg-badischen Industrie stieg im Dezember weiter an. Der Wert der genehmigten Ausfuhrerklärungen erhöhte sich auf 25,9 Millionen Dollar im November auf 30,3 Millionen Dollar im Dezember. Im Einzelhandel brachte der Dezember die höchsten Umsätze des Jahres. Entgegen früheren Erfahrungen setzte das eigentliche Weihnachtsgeschäft erst am Kupfernen Sonntag ein. Im allgemeinen wurden nach dem Bericht des Wirtschaftsministeriums in allen Branchen zufriedenstellende Umsätze erzielt, die dem Werte nach etwa auf der Höhe der Vorjahresumsätze lagen.

Offenburg. Unbekannte Täter haben auf dem Nußbacher Friedhof bei Offenburg vierzehn bronzene Christusfiguren im Werte von 1500 DM gestohlen. (lds)

Empfang für Professor Dr. Filchner
 Freiburg (lsw). Der Astlenforscher Professor Dr. Filchner, der in der südbadischen Landeshauptstadt eintraf, wurde von Staatspräsident Wohleb in der badischen Staatskanzlei empfangen. Wohleb gab dabei seiner Freude darüber Ausdruck, den bedeutenden Forscher in Freiburg begrüßen zu können.

Eltern drohen mit Schulstreik
 Freiburg (lds). Die Eltern der Volksschüler im Freiburger Stadtteil Oberwiehre haben in einer Elternversammlung aus Protest gegen die mangelhafte Schulunterkunft ihrer Kinder einen Schulstreik angedroht. Sie weisen darauf hin, daß in Oberwiehre für 15 Klassen nur vier Räume im Nebengebäude des seit 1945 beschlagnahmten ehemaligen Lehrerseminars zur Verfügung stehen. Die frühere Volksschule ist nach wie vor von der französischen Gendarmerie besetzt.

Besucherrekord auf dem Feldberg
 Devisenverluste durch Hotelbeschlagnahme

Freiburg (ld). Einen Besucherrekord hatte der Feldberg in den letzten Tagen zu verzeichnen, nachdem sich die bisher ungünstigen Schneeverhältnisse im Schwarzwald wesentlich gebessert haben. Unter den Tausenden von Besuchern waren zahlreiche Schweizer, vor allem aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land. Von Vertretern des Fremdenverkehrs wird im Zusammenhang mit diesem Besucherandrang auf die Devisenverluste hingewiesen, die der Bundesrepublik durch die noch andauernde Beschlagnahme des Hotels „Feldberger Hof“ durch die französische Besatzung entstehen.

Universität contra Polizei
 Verwaltungsklage gegen Freiburgs Polizeidirektor

Freiburg (lsw). Der Rektor der Universität Freiburg bereitet gegenwärtig eine Verwaltungsklage gegen den Direktor der Freiburger Polizei vor. Der Allgemeine Studen-tenausschuß der Universität beschloß auf einer Sitzung, den südbadischen Innenminister um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Vorkehrungen vor den Demonstrationen gegen die Aufführung des Velt-Harlan-Films „Hanna Amon“ in Freiburg getroffen wurden und weshalb die Polizei nicht zurückgehalten wurde, nachdem vom Innenministerium dem ASTA-Vorsitzenden zuvor entsprechende Zusicherungen gegeben worden waren. Der erste Vorsitzende des ASTA betonte, daß sich das Rektorat hinter die demonstrierenden Studenten und besonders hinter die Mißhandelten gestellt habe. Letzteren wurde anheimgestellt, einen Antrag auf Schadenersatz zu stellen. Unter den Verletzten befindet sich auch der Sohn des Freiburger SPD-Bürgermeisters Schlier.

Während der ASTA-Sitzung, an der etwa 300 Studenten teilnahmen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß nicht die gesamte Studentenschaft hinter der Form des Protestes gegen Harlan stehe. Die Gegner der Demonstration teilten jedoch mit, daß sie sich trotz-

dem hinter ihre mißhandelten Kommitteonen stellen.

Das südbadische Innenministerium hatte am Donnerstag in einer ersten Stellungnahme erklärt, daß die Polizei zum Einschreiten gezwungen gewesen sei. Ausgesprochenen Mißhandlungen seien aber nicht vorgekommen.

Wie St. Georgen „heim zu Freiburg“ kam

Freiburg (ld). Zwischen dem Freiburger Vorort St. Georgen und der Stadt selbst ist jetzt ein Streit entstanden, weil die Eingemeindungsurkunde, nicht wie bei einem Vertrag sonst üblich, die Unterschriften beider Partner, sondern nur den Namen des damaligen „Reichstatthalters“ Robert Wagner trägt. Es handelt sich demnach, wie die St. Georger sagen, nicht um einen echten Vertrag, sondern nur um eine Verfügung. Sie werfen der Stadt Freiburg vor, sie habe ihre vertraglichen Zusagen an St. Georgen nur ungenügend erfüllt, während sie die Punkte, die zu ihren Gunsten sprächen, sehr genau eingehalten hätten. Jetzt soll die Rechtsgültigkeit des Eingemeindungsvertrages überprüft werden.

Der Klerus der Erzdiözese in Zahlen

Freiburg (CND). Nach dem neuerschienenen „Personal-Schematium“ für die Erzdiözese Freiburg 1952 zählt die Erzdiözese Freiburg zur Zeit 1650 Diözesanpriester. Davon sind 1339 in der Seelsorge, in der kirchlichen Verwaltung, im Bildungs- und Erziehungswesen, in den verschiedenen Gliederungen der Katholischen Aktion und in der Caritas tätig; die restlichen 211 leben im Ruhestand.

Freiburg. Der Landesverband Südbaden der Gewerkschaft Textil und Bekleidung will wieder mit den Unternehmern verhandeln. Seit Oktober vergangenen Jahres besteht in der Textil- und Bekleidungsindustrie in Südbaden ein vertragloser Zustand. (swk)

Freiburg. Das Elektronenmikroskop, das die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft einer Freiburger Forschergruppe gestiftet hat, soll im Freiburger Institutsviertel ein eigenes Haus erhalten. (lds)

Singen/Hohentwiel. Im Rahmen eines Wettbewerbs für den Bau der Singener Berufsschule sind 64 Entwürfe eingegangen. Den ersten Preis erhielt Architekt R. Seyfried, Böhlingen. (lds)

Niederweiler. Bei Erdarbeiten in Niederweiler sind mehrere Alemannengräber gefunden worden. Es handelt sich vermutlich um einen kleinen Alemannen-Friedhof. Bis jetzt sind fünf Skelette geborgen worden. (ld)

Das teuerste Gebiet Südwestdeutschlands

Säckingen (swk). Am Hochrhein sei das teuerste Gebiet von ganz Südwestdeutschland, insbesondere Badens, stellte der Vorsitzende des Landesverbandes der Finanzbeamten fest. Daher müsse die Ortsklasseneinteilung revidiert werden. Vor allen Dingen sei es auch notwendig, daß die Bundesregierung nach einem allgemeinen Fragebogen das Ortsklassensystem neu regelt. Vornehmlich müßten für alle Städte gemeinsame Richtlinien herausgegeben werden, zumal diese Maßnahmen auf keinen Fall auf Landesplattform durchgeführt werden könnten. Die Ungerechtigkei-

ten in dieser Hinsicht müßten nach gemeinsamen Gesichtspunkten auf Bundesebene geregelt werden.

Eine Schwarzbrennerei entdeckt

Riedern am Wald (Kreis Waldahut) (lsw). In einem abseits von dem Dorf Riedern gelegenen Bauernhof ließ ein Bauer seine Hunde frei laufen, die im nahen Wald wilderten. Sie rissen ein Stück Rehwild und zerrten dieses in den Bauernhof. Als die Gendarmerie der Sache nachging und nach dem gerissenen Reh in dem Bauernhof suchte, stieß sie auf eine gut eingerichtete Schwarzbrennerei, die in vollem Betrieb stand. Außer der gesamten Brennerei und der Malsche konnten 120 Liter frisch gebrannten Schnapses sichergestellt werden.

Kein Glück mit Glas

Müllheim (Baden) (ld). Die Papiere des Unbekannten, dessen sich in Müllheim der Arzt statt der Polizei annehmen mußte, trugen den Namen Herbert Fortnagel aus Bochum. Sie dürften gefälscht sein, denn als die Gendarmerie ihn vorher nach heftigem Widerstand am Bahnhof Müllheim festgenommen hatte, hatte er versucht, sich mit einem mächtigen Sprung durch die Glasür zu retten. Der Kopf des Mannes hielt diese Behandlung genau so wenig aus wie die Glasscheibe, die in 1000 Teile zersplitterte.

Pferdefuhrwerk raste durch eine Stadt

Brombach, Kreis Lörrach (lsw). In Brombach kam es zu einem schweren Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein mit Stroh beladenes Pferde-fuhrwerk durchdrachte fährlos die Hauptverkehrsstraße in Brombach. Ein in derselben Richtung fahrender Radfahrer, der das Nahe des Gespannes nicht bemerkte, geriet unter den Wagen. Der Verunglückte erlag kurze Zeit später seinen Verletzungen.

Lörrach. Schweizerische Tages- und Handelszeitungen dementieren Gerüchte, wonach die Absicht bestehe, in Basel eine „Sperrmarkbank“ zu gründen. Die Schaffung eines solchen Institutes erübrige sich. (swk)

Aus den Nachbarländern

300 Spatzen und zwei Gänse

Schwäbisch Hall (lsw). 300 Spatzen, zwei Gänse und ein Singvogel waren die Opfer einer „Musteraktion“ in der Sperlingsbekämpfung, die vom Stuttgarter Pflanzenschutzamt in drei kleinen Landgemeinden des Kreises Schwäbisch Hall durchgeführt wurde. Das Pflanzenschutzamt wies darauf hin, daß die Gänse und der Singvogel nur deshalb ihr Leben hätten lassen müssen, weil sie entgegen der Vorschrift nicht eingesperrt gewesen seien.

Heimatvertriebene wandern aus

Künzelsau (swk). Im Kreis Künzelsau haben sich bis zum 15. Januar etwa 100 Personen für die Auswanderung nach den USA beworben. Es handelt sich vor allem um besarabiendeutsche Landwirte sowie Familien aus dem Sudetenland, die im Rahmen der Auswanderungsaktion für heimatvertriebene Bauern in den USA eine neue Existenz gründen wollen.

Streunende Hunde im Schafpferch

Neckarrems (lsw). Zwei streunende Hunde, die vor einigen Tagen in einen Schafpferch bei Neckarrems im Kreis Ludwigsburg eingedrungen waren und 8 Schafe sowie 59 Lämmer gerissen hatten, sind von Polizeibeamten in Stuttgart-Bad Cannstatt festgestellt worden.

Zeitungslesen dient der Information

Nachfolgende Geschichte passierte nicht in Bonn, sondern im nicht allzuweit entfernten Düsseldorf. Dort ärgerte sich Landtagspräsident Gockeln darüber, daß die meisten Abgeordneten ihn reden ließen und mittlerweile Zeitungen studierten. Also donnerte Herr Gockeln: „Aus Presseberichten geht hervor, wie unangenehm es den Parlamentarischern aufgefallen ist, wenn während der Sitzungen Zeitungen gelesen werden.“ Schlagartig verschwanden daraufhin alle Blätter von den Tischen. Nur Minister Dr. Sträter bemerkte: „Zeitungslesen dient der Information“ — und las unentwegt sein Blatt weiter.



Die deutsche Olympia-Kleidung Die deutschen Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen in Oslo werden beim Einmarsch ins Bislett-Stadion, wo am 15. Februar die Eröffnungszereemonie stattfinden wird, in diesem blauen Olympia-Dress erscheinen. Zu dem Popeline-Anorak wird eine Gabardine-Keilhohe getragen

Abstiegskampf wird immer erbitterter Neckarau gegen „Club“ in Stuttgart

In Süddeutschlands 1. Liga wird an den kommenden Sonntagen der Kampf um den Abstieg immer erbitterter werden. Während den beiden Spitzreitern, VfB Stuttgart und 1. FC Nürnberg, der Weg in die Endspiele kaum mehr abgerungen werden kann, die Offenbacher Kickers als Tabellendritte die einzige weitere gesicherte Mannschaft sind, wird vom vierten Platz ab die Situation für alle weiteren Vereine recht windig. Der VfL Neckarau dürfte als einziger Verein sich wohl schon jetzt mit dem Abstieg vertraut machen müssen, wenn er nicht noch — wie im letzten Jahr sich in den Schlusspielen zu einer ganz großen Leistung aufruft. Wer aber wird Neckarau folgen? Bis jetzt können dies noch zwölf Vereine sein.

Die beiden Spitzreiter, VfB Stuttgart und der 1. FC Nürnberg, müssen am Wochenende auswärts spielen. Der VfB sollte dabei in München bei den Bayern seinen knappen Vorspielsieg ebenso wiederholen, wie der „Club“ einen neuerlichen Erfolg gegen Neckarau herausholen können. Der VfL Neckarau hat Platzsperrung, so daß er gegen Nürnberg auf dem neutralen Platz des Stuttgarter Neckarstadions antreten muß. Auch die Offenbacher Kickers mühten zu Hause gegen Waldhof Mannheim diesmal mehr als zu einem Remis der Vorrunde kommen. Frankfurt Eintracht reist zu den Schwaben ohne große Hoffnungen, dem neuen Sturmstank Struzins ein entsprechendes Gegenmittel entgegenzusetzen zu können. Der VfR Mannheim tritt gegen die Kupfer-Elf an, die sich in den letzten Wochen gut gefangen hat, so daß eine Punkteteilung mit Schweinfurt durchaus keine Überraschung wäre. Mit einem unentschiedenen Ausgang darf man auch in Fürth rechnen, wo die „Löwen“ gastieren, und in Frankfurt, wo beim FSV der VfB Mühlburg weilt. Zu einem knappen Sieg sollten dagegen wieder die Stuttgarter Kickers gegen Viktoria Aschaffenburg in Degerloch kommen.

Es spielen: VfL Neckarau — 1. FC Nürnberg (in Stuttgart); VfR Mannheim — 05 Schweinfurt; Kickers Offenbach — Waldhof Mannheim; Stuttgarter Kickers — Viktoria Aschaffenburg; Bayern München — VfB Stuttgart; FSV Frankfurt — VfB Mühlburg; Schwaben Augsburg gegen Eintr. Frankfurt; SpVgg. Fürth — 1909 München.

Aufstieg Ulms kaum noch zweifelhaft

Spiel gegen Schlüchlicht — eine klare Sache In Süddeutschlands zweiter Liga dürfte nach menschlichem Ermessen dem Spitzreiter TSG Ulm 60 niemand mehr den Aufstieg in die erste Liga Süd streitig machen. Auch am kommenden Sonntag können die „Spitzen“ ihren Vorsprung weiter vergrößern. Denn ein Spiel Spitzreiter contra „Rote Laterne“, noch dazu auf dem Platz des Tabellenersten... wenn das keine klare Sache ist! Blickpunkt der zweiten Liga ist am Sonntag Hof, wo der Tabellenzweite auf den Tabellendritten BC Augsburg trifft. Ein Sieg der Augsburgers, der allerdings unwahrscheinlich ist, würde die Position der Ulmer noch günstiger erscheinen lassen. Auch in Darmstadt wird es recht interessant zugehen, denn dort stehen sich die Nächstplatzierten im Kampf gegenüber. Ob dabei Hessen Kassel die Läden brechen kann, ist noch recht unwahrscheinlich. Der Schnitt am Tabellende wird in diesem Jahr recht groß sein. Vier Vereine müssen ins Gras beißen. Aalen dürfte wohl kaum mehr zu retten sein, während Wacker München seine Hoffnungen noch durch einen Sieg am Sonntag beim ebenfalls gefährdeten Jahn Regensburg nähern könnte. Aber die Männer um Bimbo Binder wollen sich kaum in die Rolle des Verlierers drängen lassen. Der FC Singen hat nach dem Erfolg in Wiesbaden wieder neuen Mut gefaßt und braucht die Flinte noch nicht ins Korn zu werfen. Es kann bereits am Sonntag durch einen Heimsieg gegen Straubing weiteren Boden gutmachen. Ob Feudenheim dagegen in Bamberg zum Siege kommt, ist recht unwahrscheinlich. Auch die Rolle des Freiburger FC beim 1. FC Pforzheim ist recht zwiespältiger Natur, und die „Bobbele“ dürfen froh sein, wenn sie wenigstens einen Punkt holen. Der SSV Reutlingen reist nach Cham, um dort den Waldheimern etwas zu lehren. Sehr leicht kann es aber auch umgekehrt gehen.

Es spielen: Jahn Regensburg — Wacker München, 1. FC Pforzheim — FC Freiburg, ASV Cham — SSV Reutlingen, SV Darmstadt 98 gegen Hessen Kassel, TSG Ulm 60 — VfR Aalen, Bayern Hof — BC Augsburg, 1. FC Bamberg

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

gegen ASV Feudenheim, ASV Lurici gegen SV Wiesbaden, FC Singen 04 — TSV Straubing.

Saarbrücken wird in Worms geprüft

Die Walter-Elf muß sich anstrengen Der mit vier Punkten Vorsprung führende Südwest-Spitzreiter 1. FC Saarbrücken wird am Sonntag bei Wormatia Worms auf Herz und Nieren geprüft. Gelingt der Binkert-Elf ein Sieg, so dürfte sie dem Meistertitel einen guten Schritt näher gekommen sein. Der aussichtsreichste Verfolger der Saarländer, TuS Neudorf, hat diesmal Platzverlei und mühte den VfR Kaiserslautern mit dem Allinternationals Willimowski niederhalten können. Der Deutsche Meister, 1. FC Kaiserslautern, hat Borussia Neunkirchen angetreten. Da die Walter-Elf kein Spiel mehr verlieren darf, um nicht endgültig aus dem Meisterschaftswettbewerb im Südwesten ausscheiden, dürfte mit einem knappen Erfolg der Kaiserslauterer zu rechnen sein. In den Spielen Phoenix Ludwigshafen — FK Pirmasens und Eintracht Trier — VfR Frankenthal geht es um die Verbesserung der Mittelplatzpositionen. Gespart darf man sein, wie die Angriffsreihe des FK Pirmasens gegen die gute Abwehr von Phoenix Ludwigshafen bestanden wird. Neuling Frankenthal sollte bei Eintracht Trier nicht allzuviel zu bestehlen haben, und auch der VfR Neustadt ist in Engers sehr gefährdet. Im Duell der Tabellennächsten dürfte der Sieger Eintracht Kreuznach heißen, denn das „Schlüchlicht“ Weisenau scheint das Rennen bereits aufgeben zu haben. Mit nur vier Punkten gegen 34 Minuspunkte stehen die Mainzer Vorstädter als Absteiger mit ziemlicher Sicherheit fest.

Es spielen: Wormatia Worms — 1. FC Saarbrücken; Borussia Neunkirchen — 1. FC Kaiserslautern; TuS Neudorf — VfR Kaiserslautern; Phoenix Ludwigshafen — FK Pirmasens; Eintracht Trier — VfR Frankenthal; FK Engers — VfR Neustadt; Eintracht Kreuznach — SpVgg. Weisenau.

Spitzreiter gastieren in Karlsruhe

Der Terminkalender bringt am Sonntag die beiden führenden nordbadischen Mannschaften Schwetzingen und Friedrichsfeld zu ihren Widersachern nach Karlsruhe. Das Phönixstadion und das Daxland-Kleinstadion sind die Austragungsorte dieser für die Platzierung an der Tabellenspitze so wichtigen Treffen. Der KFFV, der gleichfalls Platzverlei hat, kann in Ruhe das Dingem entgegengehen, die sich auf dem Spielfeld seiner Rivalen abwickeln, denn gegen die Pforzheimer Basenpieler sollten die Schwarz-Blauen einen Sieg herausspielen können. Auch Phönix, der den Tabellenführer Schwetzingen zu Gast hat, und Daxland, das auf Friedrichsfeld trifft, müssen erfolgreich sein, wenn sie nicht vorzeitig aus dem Rennen um die beiden ersten Plätze ausscheiden wollen. Die übrigen Begegnungen haben lediglich für die Rangfolge im Mittelfeld Bedeutung, wobei durchweg die Chancen der gastgebenden Mannschaften als günstiger zu beurteilen sind.

Es spielen: Phönix Karlsruhe — SV Schwetzingen; FK Daxland — Germ. Friedrichsfeld; KFFV gegen VfR Pforzheim; KSG Leimen — FC Kirtlach; FK Hockenheim — TSG Rohrbach; FG Ruppurr — FC Birkenfeld; Am. Viernheim — Germ. Brötzingen.

Süddeutscher Fußballverband greift durch

Der Süddeutsche Fußballverband hat die Spieler Bietzycki und Glaninger von den Zweitligaverereinen ASV Feudenheim und Jahn Regensburg ab sofort mit einer Verperrung belegt. Nach Schluß des Spieles ASV Feudenheim — Jahn Regensburg am letzten Sonntag in Mannheim war es zwischen den beiden Spielern zu einer Schlägerei gekommen.

Drei Spiele in der Handballmeisterschaft Die badischen Handballmeisterschaften, die in Karlsruhe zugetragen werden, schranken das Feldhandballprogramm des kommenden Sonntags stark ein, so daß in Nordbaden lediglich drei Begegnungen gespielt werden, in denen die gastgebenden Mannschaften höher einzuschätzen sind. Es würde schon eine Überraschung bedeuten, wenn Ketsch zu Hause gegen Bretten strahlen sollte, oder Otfersheim die schwache Waldhofelf nicht bezwingen könnte. Etwas schwerer dürfte es Weinheim gegen St. Leon haben. Am Ende aber sollte das Punktepaar doch an der Bergstraße bleiben.

Es spielen: SpVgg. Ketsch — TSV Bretten; TSV Otfersheim — SV Waldhof; TSG Weinheim — SG St. Leon.

Clubkampf in Mannheim

Das Henschelbad in Mannheim sieht am Sonntag einen Clubkampf zwischen Neotun Karlsruhe, TSG

Darmstadt, 1. BFC Pforzheim und dem SV Mannheim.

Badische Hallenhandball-Meisterschaften

In der Karlsruher Messehalle werden am Wochenende die badischen Hallenhandball-Meisterschaften der Männer, Frauen und Jugend ausgetragen. Bei den Männern muß sich der Titelverteidiger TSV Rot von der besten Seite zeigen, wenn sich die Mannschaft erneut in die Meisterliste eintragen will. Anlässlich eines internationalen Turniers vor drei Wochen konnten die Roter nichts Besonderes bieten und wurden von Binsheim, das auch am kommenden Sonntag als Favorit startet, glatt ausgespielt. Neben diesen beiden Mannschaften nehmen bei den Männern noch TSG Bruchsal, TV Ippringen, TSV Birkenau, SpVgg. Neckarreis, FC Freiburg, 1944 Freiburg, Phönix Darmersheim, TV Schluch und SV Niederbühl an den Spielen teil. Bei den Frauen gilt Phönix Karlsruhe auch in diesem Jahr als klarer Favorit vor SV Sandhofen, VfR Pforzheim, KTV 46, TSV 48 Mannheim und TSG 10 Heidelberg. Bei der männlichen Jugend sind neben dem vorjährigen Meister TSV Rot, TV Edingen, TV Neudenau, TV Ippringen, und TSV Binsheim, der neben Rot zu den aussichtsreichsten Titelanwärtern zählt, am Start.

Nochmals Terminverlegung

In der süddeutschen Wasserball-Oberliga Da sich die bayerischen Wasserball-Oberligaverereine SV München und Bayern 07 Nürnberg über den Termin der zweiten Spielrunde zur süddeutschen Wasserball-Oberliga nicht einigen können, sind die für kommenden Sonntag vorgesehenen Pflichtspiele in Nürnberg, an denen auch Neptun Karlsruhe teilnehmen sollte, erneut abgesetzt worden.

Elf Nationen bei der Wintersportwoche

Für die 8. Internationale Wintersportwoche in Garmisch-Partenkirchen vom 19. bis 27. Januar 1952 liegen Meldungen aus elf Nationen vor. Eingeladen sind insgesamt 22 Nationen. Die stärkste Besetzung werden voraussichtlich die alpinen Skirennen aufweisen, für die bisher Meldungen aus acht Nationen eingingen. Die Finnen haben im Hinblick auf ihre gleichzeitig stattfindenden Olympia-Ausscheidungen in diesem Jahr abgesagt.

Bundespräsident Heuss übermittelte dem Garmisch-Partenkirchener Sportkomitee ein Geleitwort zur 8. Internationalen Wintersportwoche.

120 Teilnehmer in Kitzbühel

Mehr als 120 Skilangläufer, Nordisch-kombinierte und Sprungläufer aus Frankreich, Italien, Deutschland, Jugoslawien, der Schweiz, Norwegen und Österreich haben für die nordischen Wettbewerbe der österreichischen Internationalen Wintersportwoche in Kitzbühel gemeldet. Folgende Wettbewerbe finden statt: 18-Km-Langlauf 17. Januar, 4x10-Kilometer-Staffel 18. Januar, Springen der Nordisch-kombinierten 19. Januar, Spezialsprunglauf 20. Januar.

Auch das interessiert den Sportler

Der Deutsche Skiverband wird zu der vom 18. bis zum 20. Januar in Bad Gastein stattfindenden „Internationalen Alpinen Wintersportwoche“ eine starke Damenmannschaft entsenden.

Nach Mitteilung der Tiroler Landesregierung hat der Stadtrat von Innsbruck angeboten, die Olympischen Winterspiele 1960 in Innsbruck abzuhalten.

Der Italiener Achille Castoldi stellte auf dem Luganer See einen neuen Weltrekord für Motorboote von der „Racer-Klasse“ (bis zu 2,8 Liter) über den fliegenden Kilometer auf. Castoldi legte die Strecke mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 180 Stück. zurück.

Vielseitige Wintersportwoche

In und um Garmisch-Partenkirchen ist alles bereit Am Samstagabend wird im Olympia-Eisstadion in Garmisch-Partenkirchen die 8. Internationale Wintersportwoche feierlich eröffnet. Wintersportler aus 13 Nationen werden sich vom 19. bis zum 27. Januar auf den Kampfstätten der Olympischen Winterspiele 1936 zu einer „Generalprobe“ für die Olympia-Wettkämpfe in Nor-

wegen einfinden. Für die deutschen Teilnehmer wird es dabei um die „Fabrikarte“ nach Oslo gehen, denn im Anschluß an die Wintersportwoche wird Deutschlands Olympiamannschaft nominiert und von Ritter von Hall, dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees, verpflichtet.

Amerika, Spanien, Australien, Neuseeland und Jugoslawien haben bereits ihre kompletten Olympiamannschaften für die Garmischer Wettkämpfe gemeldet. Schweden wird mit einer starken Skimannschaft und dreizehn Bobfahrern das größte Teilnehmerkontingent der ausländischen Nationen stellen. Aus Italien, Österreich, England, Frankreich, Kanada und der Schweiz liegen ebenfalls Zusagen vor. Die Alpinen Skirennen werden wahrscheinlich mit elf und die Bobrennen mit acht Nationen besetzt sein. Erstmals nach dem Kriege werden — allerdings nur zum Training vor der Wintersportwoche — norwegische Bobfahrer auf deutschem Boden starten.

Die einzelnen Wettbewerbe

Schauplatz der am 19. Januar beginnenden Kämpfe sind die Garmischer Olympia-Anlagen. Die Abfahrtsläufe finden auf der 3,3 km langen Olympia-Abfahrt am Kreuzsee statt. Die Experten erwarten auch in diesem Jahr ausländische Siege, wobei vor allem den österreichischen Alpinen Assen die großen Favoritenrollen eingeräumt werden. Der Riesenslalom wird erstmalig anstelle der Alpinen Kombination ausgetragen mit Rücksicht auf den gleichen Wettbewerb bei den Olympischen Kämpfen. Er wird am „Horn“ stattfinden, einer 1,8-km-Strecke mit 600 Meter Höhenunterschied. Auch hier dürfen die österreichischen Slalomkünstler als erste Anwärter auf einen Sieg gelten. Im Speziallauf sind ebenfalls die Österreicher und die Italiener die Favoriten auf der 500 Meter langen Piste, die härteste Anforderung an die Läufer stellen wird. Im Langlauf auf der 18 km langen Olympia-Strecke dürfte es, da die Finnen in diesem Jahre nicht antreten, zu Siegen der schwedischen Langläufer und Nordisch-Kombinierten kommen. Die traditionelle Kampfstätte im Spezialsprunglauf ist die große Olympia-Schanze im Skistadion, deren neuer Stahlsprungturm im vergangenen Jahr eingeweiht wurde. Sie wird auch in diesem Jahr Schauplatz eines scharfen Kampfes vor allem zwischen den deutschen, schwedischen und österreichischen Springern werden.

Die Bobrennen werden mit der Bayerischen und deutschen Vierer-, mit der süddeutschen Zweier- und Vierer-Bobmeisterschaft und den Viererbob-Rennen um den Deutschen Wanderpokal auf der Olympiabahn am Rieder See ausgetragen. Hier werden vor allem spannende Duelle zwischen dem deutschen Weltmeister Anderl Ostler und dem Schweizer Olympiasieger von 1948, Felix Endrich, erwartet. Die Bahn ist bei einem durchschnittlichen Gefälle von zehn Prozent 1675 Meter lang. Die internationalen Eishockeyspiele der Wintersportwoche auf der Eisfläche des Olympiastadions erhalten ihren Höhepunkt in den beiden Spielen der kanadischen Olympiaververtretung, Edmonton Mercury, die am Eröffnungstag der Wintersportwoche gegen den Hausherrn, den SC Riedersee, und am 22. Januar gegen eine deutsche Auswahl spielen. Zur deutschen Elitemannschaft wird die gesamte deutsche Elite erwartet, ebenso zu den internationalen Eiskunstlaufwettbewerben, zu denen bereits Europameister Helmut Seibt (Österreich) gemeldet hat. Durch die voraussichtliche Teilnahme des amerikanischen Weltmeisters und Olympiasiegers Dick Button und des deutschen Weltmeisterpaares Falk werden auch die Eiskunstlaufwettbewerbe „olympische“ Format erhalten und wertvolle Maßstäbe für die Olympischen Winterspiele bieten.

Erste Ergebnisse aus Kitzbühel

Die Wintersportwoche in Kitzbühel wurde am Donnerstag mit dem 18-Km-Langlauf eröffnet. Als überlegener Sieger passierte nach einer Stunde, 5 Minuten und 16 Sekunden der französische Olympialäufer Benoit Carrara die Ziellinie. An zweiter Stelle folgte der Österreicher Sepp Schneeberger vor den beiden ersten deutschen Teilnehmern Heinz Hauser (1:07.30) und Karl Vogel (1:07.48).

Olympia-Ausscheidungskämpfe der Ringer

Am Wochenende stehen sich die nordbadischen Ringer der Fliegen- und Weltgewichtsklasse in Bruchsal und der Leicht- und Schwergewichtsklasse in Viernheim in Olympia-Ausscheidungskämpfen gegenüber. Die Sieger aus diesen Turnieren nehmen an den Olympia-Prüfungskämpfen Süddeutschlands teil und bilden gleichzeitig die badische Kernmannschaft für repräsentative Veranstaltungen.



Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Gröber & Götz, Wiesbaden (9. Fortsetzung)

Zwei Minuten später stand der Kutscher Anton Cestnick — geboren in Agram, 42 Jahre alt, früher Musiker, jetzt Kutscher bei Herrn Orlando — an der gleichen Stelle, an der Peter Breest gestanden hatte.

Die Unsicherheit, die Cestnick mühsam bezwang, entging dem Kriminalrat nicht. Unter dem scharfen Blick Riedlers begannen Cestnicks Augen hin und her zu flirren. Der Mann hatte Angst!

„Warum legen Sie kein Geständnis ab?“ fragte Riedler plötzlich. „Ich brauche mir nur Ihre Stiefel anzusehen, um zu erkennen, daß Sie es waren, der den Thiele aus dem Eingang C hinausgetragen hat.“

Der Kutscher preßte die Hand vor den Mund. Er zog den Hals ein, als solle sein Kopf in den mächtigen Körper hineinkriechen. „Nix — nein — gar nix!“ stotterte er kaum verständlich.

„Wie Sie wollen. Der Beweis wird leicht zu führen sein. Wir brauchen nur die gesicherten Spuren mit Ihren Stiefelsohlen zu vergleichen. Woher kannten Sie denn den Thiele? Hatten Sie Streit mit ihm gehabt? Und wo haben Sie die Waffe versteckt, mit der Sie ihn niederschlugen?“

„Nix Thiele kennen — nix wissen von ganze Sach! Unschuldich ich.“

Riedler durchmaß mit ein paar Schritten den schmalen, langen Raum zwischen den tiefen Sesseln und dem Schreibtisch. Dann setzte er sich wieder und blickte auf die Uhr. Es war halb eins. „Ich muß Sie verhaften, Cestnick!“ sagte er ruhig. Ein Zittern lief durch den mächtigen Körper des Kutschers. „Ich Mann nix haben erschlagen. Ich gar nix

kennen den Mann.“ Er hob den linken Unterarm und bedeckte sein Gesicht.

Riedler gab dem Beamten, der das Protokoll führte, einen Wink, ihm auf den Balkon zu folgen. „Der Kutscher bleibt so lange im Wagen, bis ich zurückkomme. Sehen Sie sich vor, er ist offenbar gewalttätig.“ Der Beamte nickte und tastete nach der Tasche, in der sein Dienstrevolver lag. Dann kehrte er zu Cestnick in den Wagen zurück.

Funkelnd und stumm hingten die Sterne am Himmel. Riedler ging rasch auf einen erleuchteten Wagen zu. Er stieg die kleine Treppe empor und klopfte an die Tür. Eine tiefe Stimme rief „Herein!“

Der Kriminalrat blinzelte, als er aus der stockfinsternen Nacht in den hellen Raum trat.

Auf dem Sofa unter dem kleinen Seitenfenster saß ein zierlicher, weißhaariger Mann. Er hatte ein Buch vor sich liegen!

Riedler verbeugte sich. „Verzeihen Sie, daß ich hier eindringe, aber die anderen Artisten sind anscheinend noch nicht zu Hause, da kein Licht in den Wagen brennt. Sie sind nicht bei der Jubiläumsvorstellung?“ Während er sprach, überlegte er, wer der Artist wohl sein könnte. Er konnte sich nicht erinnern, ihn bei der Eröffnungsvorstellung gesehen zu haben.

Der weißhaarige Mann lächelte höflich und suchte auf dem Tisch nach seiner Brille. Umständlich setzte er sie auf.

Nun musterte er mit großen, blauen Augen den Eindringling. „Ich trinke keinen Alkohol, mein Herr. Was wünschen Sie von mir? Mit wem habe ich das Vergnügen?“

„Kriminalrat Riedler. Ich führe die Untersuchung.“

Interessiert erhob sich der Artist, der einen bequemen, altmodischen Schlafrock um die mageren Glieder gezogen hatte. „Piawo heiße ich, Alberto Piawo.“

„Sie sind doch wohl Artist? Ich kann mich nicht erinnern, Sie gesehen zu haben.“

Der alte Mann lächelte. Sein von vieler Schminke grau gewordenes Gesicht war verwitert. Zwei scharfe Rinnen zogen von den

Nasenflügeln hin bis zum Mund. Er hob den Blick. Riedler folgte seinen Augen. An der Wand hing ein buntes Clownkostüm. Darüber eine mächtige Glatzenperücke. „Ach — Sie sind Valenc! Der berühmte Valenc, der die köstliche Szene mit dem Wassereimer aufgeführt!“ rief er überrascht aus.

„Ganz richtig, der dumme August.“ In der Stimme des Clown klang Selbstironie. So, als belächle der Mann nicht nur sich selbst, sondern alle Dinge der Welt.

Riedler erinnerte sich an die strahlende, überquellende Komik des dummen August im Zirkus, der so wenig Ähnlichkeit mit diesem kleinen Menschen hier hatte. Angelegt erwiderte er: „Eigentlich ist es immer der Kampf gegen die Tücke des Objekts, den alle Clownnummern zum Vorwurf haben, nicht wahr, Herr Valenc! Der Wassereimer, mit dem Sie ihren Partner begießen wollen, rebelliert und wird Ihnen selbst zum Verhängnis. Eine symbolische Darstellung der Tatsache, daß sich der böse Wille in uns selbst immer in erster Linie gegen unsere eigene Person richtet.“

Den Kopf ein wenig zur Seite geneigt, hatte Valenc aufmerksam zugehört. „Das Leben zerstört manchen Kinderglauben, Herr Kriminalrat“, gab er zurück. „In meinen jungen Jahren glaubte ich auch an eine gerechte Weltordnung. Aber, bitte, nehmen Sie Platz.“

Riedler setzte sich dem Clown gegenüber. Valenc zündete sich eine Virginia an. Riedler wartete, bis die Flamme erloschen war. Dann begann er ohne Umschweife. „Wissen Sie, weshalb der Kutscher Cestnick so voller Erregung zu Ihnen in den Wagen kam?“

Valenc hülfte sich fester in den Schlafrock, als fröstle er. „Er fragte mich, ob ich Herrn Orlando nicht gesehen hätte. Er suche ihn überall. Es sei höchste Zeit für seinen Auftritt.“

„Wußten Sie, wo Orlando war?“

„Durch den Rauch der Virginia sah Valenc Riedler an. „Nein, ich wußte es nicht. Herr Orlando kommt oft nach der Vorstellung zu mir in den Wagen. Dann unterhalten wir uns. Ueber Bilder und Kunstwerke.“ Seine

bisher matten Augen begannen zu glänzen. „Kunstwerke sind das einzig Beständige im ewig rollenden Fluß des Lebens. Sie bleiben unverändert, sind ewig jung. Denken Sie an die Engelsköpfechen unter Raffaels Madonna. Sie strahlen in ewiger Unschuld durch die Jahrhunderte. Wenn diese Engeln lebendig wären — sie wären gewachsen, sie hätten sich Anfechtungen gegenübergesehen. Können Sie wissen, ob nicht aus einem dieser Engeln ein Beizjäger geworden wäre?“

Riedler wurde ungeduldig. „Sehr interessant, Herr Valenc, aber ich kann mich jetzt nicht über solche Fragen unterhalten. Mich interessiert mehr, was Sie von dem Charakter des Kutschers Cestnick halten.“ Das verbrauchte Gesicht Valencs verlor alles Interesse. Er zog an seiner Virginia, die ausgegangen war, und lehnte sich in die Sofacecke zurück. „Soweit man einen Menschen beurteilen kann, halte ich Cestnick für einen guten Charakter. Nachdem ihm die Möglichkeit genommen wurde, seine Liebe der Musik zuzuwenden, hat er sie Herrn Orlando zugewandt. Er würde alles für ihn tun.“

„So! Vielleicht sogar einen Totschlag, meinen Sie also?“ Riedler hatte eindringlich gesprochen, ohne den alten Mann auf dem Sofa aus den Augen zu lassen.

Abwährend hob der Clown die Hände. „Wie soll man sich eine Frage beantworten? Lebhaft stand er auf und zündete sich die Virginia von neuem an. „Wie kommen Sie nur auf den Einfall, daß man für Herrn Orlando einen Totschlag begehen könnte?“

Auch Riedler erhob sich. Er machte eine kurze Handbewegung, die das Thema abschließen sollte. Dieser alte Clown war völlig ungeeignet, einen Kriminalfall aufzuklären zu helfen. „In welchem Wagen wohnt der Kutscher Cestnick?“

Valencs Hand beschrieb einen Kreis. „Wenn Sie um meinen Wagen herumgehen, der vierte, fünfte, sechste, nein — der sechste Wagen links.“

„Danke sehr.“ (Fortsetzung folgt)